



In dieser Ausgabe

Grundschulen im ländlichen Raum
Seite 1-2

Eins werden mit der Natur?
Seite 2

Leben wo andere Urlaub machen
Seite 3

Harz IV - Was nun? Was tun?
Seite 5

Anmerkungen zum Kreistag
Seite 6

DIE LINKE stellt sich vor
Seite 7

Veranstaltungen und Termine
Seite 8

Grundschulen im ländlichen Raum

In den letzten Jahren sind bundesweit viele Grundschulen geschlossen worden. Aufgrund geburtenschwacher Jahrgänge werden auch in den nächsten Jahren Auslastungsprobleme erwartet – weitere Schließungen sind zu befürchten.

Bei uns im Kreis Plön wurden u.a. die Grundschulen in Dersau, Krokau, Darry und Hohwacht aufgegeben. Andere Standorte blieben erhalten, verloren jedoch ihre Selbständigkeit und wurden zur Außenstelle einer größeren Nachbargrundschule. Das Prinzip „Kurze Beine, kurz Wege“ droht verloren zu gehen. Wir als LINKE fordern deshalb, keine weiteren Schließungen von Grundschulen vorzunehmen.

Wirtschaftlichkeit als Grundprinzip?

Das Festhalten an kleinen Grundschulen hat naturgemäß Auswirkungen auf die Wirt-

Weiter auf Seite 2

schaftlichkeit des Lehrereinsatzes. Denn die Personalausgaben sind – da sie schülerbezogen sind – an kleinen Grundschulen höher als an größeren Schulen. Im Verhältnis zur Schülerzahl sind auch die Personalkosten für Schulleitungen höher. Kleinere Grundschulen auf dem Lande sind also „teurer“ und „unwirtschaftlicher“ als Grundschulen im städtischen Bereich.

Hier muss man sich aber entscheiden: Wer nur die „Wirtschaftlichkeit“ im Blick hat, wird für weitere Schließungen eintreten und dabei die Möglichkeit weiter zurückgehender Schülerzahlen als Argumentationshilfe nutzen. Es hilft aber nichts: Wenn man das oben genannte Prinzip (kurze Beine, kurze Wege) beibehalten will, wenn man gerade kleine Klassenfrequenzen für pädagogisch richtig hält und wenn man der Überzeugung ist, dass man in kleinen Grundschulen den Bedürfnissen von Kindern besser entgegenkommt als an großen Schulen, dann muss man den höheren Finanzbedarf bei kleinen Grund-

schulen auf dem Lande in Kauf nehmen. Darüber hinaus birgt die Schließung von Grundschulen die Gefahr, dass damit in ländlichen Gemeinden ein letzter Ankerpunkt der sozialen Infrastruktur verloren geht. Eine Schließung könnte für die



jeweilige Gemeinde negative soziale und ökonomische Folgen haben, die „Landflucht“ vergrößern und damit die demographische Entwicklung weiter verschärfen.

Nicht zuletzt ist der Erhalt von Grundschulen und – damit verknüpft – die generelle Frage von Schulstandorten im ländlichen Raum in einem engen Zusammenhang zu sehen mit einer grundlegenden Würdigung der Rolle des ländlichen Raumes in unserer Gesellschaft.

Bernd Friedrich

Eins werden mit der Natur...

So wirbt die Landesgartenschau, die in diesem Jahr in Eutin stattfindet. In der Tat ein tolles Erlebnis, so ein Tag im Freien in einer wunderschön angelegten Parklandschaft. Zumindest für diejenigen, die es sich leisten können.

Denn die Eintrittspreise sind gepfeffert: 16,00 Euro für Erwachsene und 5,00 Euro für Kinder von 7 – 17 Jahre. Eine Ermäßigung gibt es für Besucherinnen und Besucher mit geringem Einkommen. Allerdings nur für die Erwachsenen und lediglich 2,00 Euro (!).

Ein/e Alleinerziehende/r z.B., die mit 2 schulpflichtigen Kindern in einer Hartz IV

– Bedarfsgemeinschaft lebt, muss allein für den Eintritt 24,00 Euro hinblättern. Für eine (lohnenswerte) Fahrt mit der Elektrofähre kämen noch mal 9,00 Euro dazu. Insgesamt also 33,00 Euro – das ist ein Drittel des Betrages für Freizeit, Kultur und Unterhaltung, die dieser Familie für den ganzen Monat zur Verfügung steht. Ein Eis oder was zu „schnopen“ ist da noch nichtmal eingerechnet.

Ähnlich gering sind die Ermäßigungen auch in anderen Freizeit- und Kultureinrichtungen, wie etwa in Schwimm- und Freizeitbädern oder in den Kinos (wenn es denn überhaupt Ermäßigungen gibt).

Warum ist es nicht möglich, ähnlich wie in anderen Kreisen, allen Menschen mit



geringem Einkommen über einen Freizeitpass zu ermöglichen, öffentliche und kommunale Einrichtungen kostenfrei zu nutzen? Der Kreis Plön sollte darüber hinaus die Voraussetzungen schaffen, dass sich auch private Betreiber von Freizeit- und Kultureinrichtungen dem anschließen können. Mit der Vorgabe, dass maximal 50 % der normalen Eintrittskosten erhoben werden.

Haben Sie weitere Ideen und Vorschläge zu diesem Thema? Dann rufen Sie uns an, schreiben uns oder schicken eine Mail.

Wolfgang Behrs

Leben wo andere Urlaub machen

Der Kreis Plön ist schön. So schön, dass wir hier stolz sagen: Wir leben dort, wo andere Urlaub machen. Das ist die eine Seite der Medaille. Nur wer Urlaub macht, braucht auch Geld. Und wer leben will, ebenso. Und das ist die andere Seite.

Im Kreis Plön gibt es 25.000 sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, von denen ca. 19.000 (76%) atypisch sind. Atypisch, das sind Leih- und Zeitarbeit, Teilzeit- und Minijobs. Etwa 17.000 Menschen, mehr als 13 % von gut 127.000 Einwohnern, leben (häufig schon länger) von Hartz IV.

Diese Zahlen veröffentlicht der DGB-Region Kiel im Plan für gute Arbeit. Nehmen wir beide Zahlen zusammen, dann leben 36.000 Menschen, also ein gutes Viertel der Bevölkerung im Kreis, unter Bedingungen, die ihnen sicher keinen Urlaub ermöglichen Und es zeigt, dass die Schaffung von guten Arbeitsplätzen, die existenzsichernd und unbefristet sein müssen, dringend nötig ist.

Folgen dieser Situation sind nicht nur aktuell zu betrachten – in Zukunft droht vielen

der Betroffenen direkt Altersarmut, da ihre heutigen Einkommen nicht ausreichen, um eine Rente zu sichern, die es ermöglicht, einen sorglosen Ruhestand zu genießen. Wir als LINKE fordern schon lange konsequente Maßnahmen zur Entwicklung guter Arbeitsplätze.

Dabei ist es notwendig, den Mindestlohn aktuell auf mindestens 12,00 Euro zu erhöhen. Berechnungen zeigen, dass erst ab diesem Betrag eine ausreichende Altersversorgung erreicht werden kann - bei ununterbrochener Vollzeitbeschäftigung. Und: Alle Beschäftigungsverhältnisse müssen sozialversicherungspflichtig werden, Leiharbeit gehört weitestgehend wieder abgeschafft. Leiharbeitende müssen im Einsatzbetrieb den gleichen Lohn bekommen, wie die Stammbeschaft. Kein Lohndumping!

weiter auf Seite 4

Für Selbstständige brauchen wir Mindesthonorare, damit das Unterlaufen des Mindestlohns verhindert werden kann.

Im öffentlichen Dienst und in der öffentlichen Verwaltung müssen mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Das dient nicht nur einem besseren Service für die Bürger*innen, es bringt auch mehr Menschen in Arbeit. Maßnahmen und Gelder der Arbeitsagentur und ihrer Jobcenter müssen zielgerichtet eingesetzt werden. Die Förderung von Betrieben, die Ausbildung und Arbeitsplätze anbieten, muss stärker an die Kriterien Tariflohn, Mindestlohn und dauerhafte Beschäftigung gebunden werden.

Unternehmen, die nur kurzfristige Arbeit zu Bedingungen bieten, die die Existenz nicht sichern, sind von der öffentlichen Förderung auszuschließen. Es braucht klare und verbindliche Konzepte und Regeln, um Menschen in unserem Kreis in existenzsichernde und langfristige Arbeit zu bringen. Hier stehen Arbeitsagentur und Jobcenter in der Pflicht. Besonders Langzeitarbeitsuchende bedürfen einer gezielten Unterstützung und Förderung.

Der Kreis Plön lebt insbesondere vom Tourismus. Gerade in diesem, oft saisonalen Geschäft finden sich zahllose atypische Arbeitsverhältnisse. Es braucht Konzepte, die Alternativen zum herkömmlichen Tourismus bieten und die gleichzeitig nachhaltig und ökologisch auf die Region wirken. Der Tourismus, der auf regenerative Energien, regionale Produkte und ökologisches Baumaterial setzt, sollte verstärkt gefördert werden. Das schafft gute und auch

ökologisch nachhaltige Arbeit in der Region. Ein besonderer Gesichtspunkt wäre hier die Zusammenarbeit der regionalen Landwirtschaft und der Tourismusanbieter.

Die Entwicklung eines ganzjährigen Tourismus mit Angeboten zu speziellen Themen für bestimmte Zielgruppen ermöglicht die Schaffung von dauerhaften Arbeitsplätzen.



Regionale Unternehmen hätten bei der Entwicklung gemeinsamer Ideen mit Unterstützung der Kommunen größere Chancen.

Urlaub muss aber auch für die Kinder im Kreis möglich sein. Hier sind Angebote zu schaffen, die alle nutzen können. Ein Kinderferienpass muss den kostenlosen Zugang zu Sehenswürdigkeiten, Freizeitaktivitäten und dem ÖPNV garantieren. Eine Eigenbeteiligung ist hierbei möglichst gering zu halten. Über die Betreuung solcher Angebote durch ganzjährig aktive Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen können Arbeitsplätze entstehen und auch außerhalb der Ferien- und Urlaubszeit sinnvolle Angebote für Kinder und Jugendliche geschaffen und betreut werden. So kann ein durch regionale Unternehmen mitfinanziertes Konzept Vorteile für Kommunen und Unternehmen bringen.

Und wer bezahlt das alles?

Vieles bezahlt sich wie von selbst. Wer arbeitet, zahlt Steuern und Sozialversicherung. Damit werden die öffentlichen Haushalte gestärkt und erhalten mehr Mittel für

Investitionen und Förderung. Gelder der Arbeitsagentur können zielgerichteter für die Schaffung von Arbeitsplätzen eingesetzt werden. Und letztlich müssen Bund und Länder Abstand von der „schwarzen Null“ nehmen und wieder mehr Investitionen in den Kommunen ermöglichen. Privatisierte kommunale Betriebe müssen reprivatisiert werden, um langfristige Einnahmen zu generieren. Und Steuerflucht von Unternehmen und Multimillionären muss endlich durch eine entsprechende

Gesetzgebung verhindert werden.

DIE LINKE im Kreis Plön steht für die sozialen Rechte der Menschen. Wir wollen eine Perspektive und ein frohes und sorgenfreies Leben, vor allem für unsere Kinder. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass es genug und existenzsichernde Arbeit für alle gibt. Nicht nur im Kreis Plön, sondern im ganzen Land.

Thomas Möhring

HARTZ IV - Was nun? Was tun?

Das Thema Hartz IV beschäftigt viele Menschen. Denn jeder kann unverhofft in die Hartz IV - Falle geraten. Erwerbslose erhalten für maximal 12 Monate Arbeitslosengeld (ALG I) – nach dem 50. Geburtstag für 15 – 24 Monate. Sehr schnell rutscht man also ins ALG II (Hartz IV) und damit auf Sozialhilfe-Niveau. Das Wissen um die eigenen Rechte und Pflichten ist dann unverzichtbar.

Einige Jobcentermitarbeiter nutzen die Unwissenheit der Betroffenen aus. Sie brummen ihnen immer mehr Pflichten auf und drohen mit der Verhängung von Sanktionen. Um letzteres zu vermeiden, gibt es ein paar Dinge zu beachten.

Die Sachbearbeiter schreiben alles auf, was gesagt wird. Deshalb sollte nur das Nötigste gesprochen werden. Vor allem sollte man keine familiären und gesundheitlichen Angelegenheiten besprechen. Denn Jobcenter-Mitarbeiter unterliegen nicht der Schweigepflicht, wie etwa Rechtsanwälte, Therapeuten, Ärzte oder Richter. Bedenken Sie immer, dass Ihre Angaben in der nächsten Arbeitsbesprechung mit anderen Sachbearbeitern im Jobcenter diskutiert und ausgewertet werden. Alles, was gesagt wurde, kann später negativ ausgelegt werden. Am besten ist es, sich das Gesprächsprotokoll ausdrü-

cken zu lassen, damit Sie einen Nachweis haben, was Sie mit dem Sachbearbeiter tatsächlich besprochen haben. Auf Korrektur bestehen oder eine Gegendarstellung abgeben, wenn etwas falsch oder missverständlich protokolliert wurde.

Ganz konkret sollten Sie:

- Einladungen im Zusammenhang mit der Meldepflicht vom Sachbearbeiter unterschreiben lassen (mit Stempel und Uhrzeit).
- Die Einreichung von Unterlagen mit Eingangsstempel und Unterschrift bestätigen lassen.
- Die Fahrtkosten erstatten lassen - bei Einladung durch das Jobcenter und bei Vorstellungsgesprächen bei einem Arbeitgeber.
- Bewerbungskosten erstatten lassen

- Lassen Sie sich nicht durch Ausreden und Floskeln täuschen. Fragen Sie nach.
- schriftlichen Widerspruch einreichen bei Verweigerung, falsch berechneten Bescheiden oder bei Kürzung der Leistungen. Das ist der Nachweis, dass sie ihre Mitwirkungspflicht erfüllt haben.



Hierfür brauchen Sie einen Anwalt

- Antrag auf Aufschiebende Wirkung stellen um einem Entzug der Leistungen vorzubeugen. (§ 86a SGG*)
- Antrag auf Einstweilige Anordnung stel-

len. (§86b Abs. 2 SGG)

- Bei Überschreitung der Frist von 3 Monaten nach einem Widerspruch, Untätigkeitsklage einreichen. (§88 SGG)

*SGG = SozialGerichtsGesetz

Sehr wichtig:

Nicht allein zum Meldetermin gehen, immer nur zu zweit. Nehmen Sie eine vertrauenswürdige Person als Beistand mit. Diese Person sollte bereit sein, auch vor Gericht als Zeuge/ Zeugin auszusagen.

Reichen Sie nur Unterlagen ein, die für die Bearbeitung ihres Antrages oder die Prüfung des Sachverhaltes erforderlich sind.

Falls Sie Fragen haben oder eine Begleitperson brauchen, können Sie sich gerne an uns wenden. Wir dürfen zwar keine Rechtsberatung machen, können Ihnen aber ein kostenfreies Beratungsgespräch mit einem geeigneten Anwalt vermitteln.

Jörg Schröder

Anmerkungen zur Kreistagssitzung vom 12.05.2016

Ein zentraler Tagesordnungspunkt der letzten Kreistagssitzung war dem Thema Kitas und Tagespflege gewidmet. Hier ging es vor allem um deren Finanzierung. Erklärtes Ziel aller Fraktionen war es, Eltern und Kommunen bei den 2015 erheblich gestiegenen Kosten zu entlasten, auch auf Kosten des Kreises.

Ausführlich hier nachzulesen: www.die-linke-ploen.de/parlament/kreistag/aktuell/

Mitmachen, Mitglied werden

Wenn Sie etwas bewegen und verändern wollen, dann kommen Sie in DIE LINKE. Wir brauchen viele Neue – gönnen Sie sich etwas Neues!





Unsere Aktivsten vor dem LINKE-Büro in der Plöner Str. 29 in Lütjenburg.

vordere Reihe von rechts nach links:
Eva Romig, Wolfgang Behrs, Gabi Gschwind-Wiese, Thomas Möhring, Rainer Maurischat

hintere Reihe von rechts nach links:
Bernd Friedrich, Jörg Schröder, Heiko Brand, Martina Kühlsen

Unser Kreisvorstand besteht aus 7 Mitgliedern:

- Gabi Gschwind-Wiese aus Kaköhl (Kreissprecherin)
- Thomas Möhring aus Lütjenburg (Kreissprecher)
- Wolfgang Behrs aus Gottesgabe (Kreisschatzmeister)
- Martina Kühlsen aus Plön
- Aymee Soto Garcia aus Lütjenburg
- Bernd Friedrich aus Lütjenburg

Um möglichst nahe an den Bürgerinnen und Bürgern zu sein, haben wir unsere Arbeit zudem in Ortsverbänden organisiert:

- Ortsverband Lütjenburg und Umland (Ansprechpartner Bernd Friedrich)
- Ortsverband Großer Plöner See (Ansprechpartner Jörg Schröder)
- Ortsverband Preetz und Umland (über das LINKE-Büro)
- Ortsverband Probstei (über das LINKE-Büro)

Im Kreistag sind wir vertreten durch **Bernd Friedrich**, der dort seit 2008 für Gerechtigkeit und Bürgernähe eintritt.

In der **Stadtverwaltung Lütjenburg** vertritt uns **Rolf-Hagen Weng**.

Seit Anfang 2015 teilen wir uns als Kreisverband das Büro in Lütjenburg mit der **Bundstagsabgeordneten Cornelia Möhring** - www.cornelia-moehring.de

Alle hier Genannten sind zu erreichen über das Büro in Lütjenburg unter der Rufnummer **04381 - 416 16 47** oder per Mail an info@die-linke-ploen.de

Termine + Veranstaltungen

06. August 2016

Vor 71 Jahren - Atomangriff auf Hiroshima

01. September 2016

Weltfriedenstag

16. September 2016

Zeit und Ort folgen rechtzeitig

„Die Hartz IV - Diktatur“

Veranstaltung mit Inge Hannemann

jeden letzten Donnerstag im Monat

19:00 - 21:00 Uhr im Kreisbüro

Offener Politschnack

Sprechzeiten im Kreisbüro Lütjenburg:

Montag von 10 - 12 und 15 - 17 Uhr

Dienstag von 10 - 12 und 15 - 17 Uhr

Donnerstag von 10 - 12 und 15 - 17 Uhr

... und nach Vereinbarung

Impressum

LinksBlick

erscheint vierteljährlich

V. i. S. d. P.:

Gabi Gschwind-Wiese

Wolfgang Behrs

Herausgeber:

DIE LINKE.Kreisverband Plön

Plöner Str. 29

24321 Lütjenburg

Tel: (0 43 81) 416 16 47

E-Mail:

info@die-linke-ploen.de

Homepage:

www.die-linke-ploen.de

Bankverbindung:

Förde Sparkasse

IBAN: DE18 2105 0170 1400 0207 21

Bitte gib bei allen Spenden jeweils Deinen Namen, Vornamen, die Anschrift und das Kennwort »Spende« an. Deine Daten behandeln wir vertraulich. Auf Wunsch stellt der Landesverband gerne Spendenbescheinigungen aus.